

## Inhaltsverzeichnis

### Was heißt Konsumentenschutz im öffentlichen Recht?

von Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher, Graz

Seite

I. Übermacht im öffentlichen und im privaten Bereich . . . . .	1
II. Zur Entwicklung des Schutzgedankens . . . . .	2
III. Umarmung durch den Sozialstaat . . . . .	5
IV. Steuer- und Sozialrecht als „Kleingedrucktes“ . . . . .	6
V. Konsumentenschutz gegen den Staat? . . . . .	7
VI. Rechtsschutzmängel durch Kombination von privatem und öffentlichem Handeln . . . . .	9
VII. Unseriöse Praktiken des Gesetzgebers . . . . .	11
VIII. Überblick . . . . .	15

### Konsumentenschutz im Bereich der öffentlichen Energieversorgung

von Univ.-Prof. Dr. Josef Aicher, Wien/Salzburg

I. Zur Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes . . . . .	17
1. Öffentliche Energieversorgung als Rechtsbegriff . . . . .	17
2. Energieversorgung als öffentliche Aufgabe . . . . .	19
a) Energieversorgung als Daseinsvorsorge . . . . .	19
b) Elektrizitäts- und Gasversorgung als öffentliche Aufgabe . . . . .	21
c) Marktmacht und öffentliches Recht . . . . .	23
d) Ziele und Reichweite der hoheitlichen Einflußnahme . . . . .	24
II. Der funktionelle Gehalt der Allgemeinen Versorgungsbedingungen der Energiewirtschaft im Spannungsverhältnis von Energiewirtschaft und Konsumentenschutz . . . . .	27
1. Nachteile für den Abnehmer gegenüber den Regelungen des ABGB . . . . .	27
2. Die Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	31
3. Die Bedeutung des § 15 KSchG . . . . .	32
III. Die Rechtsnatur der AVB . . . . .	35
1. Die AVB Elt und die AVB Fernwärme . . . . .	36
2. Die AVB Gas . . . . .	38
a) Der Stand der Meinungen . . . . .	39
b) Zum normativen Bezugsrahmen der AVB Gas . . . . .	40
c) Die AVB Gas — ein Gesetz? . . . . .	41
d) Die AVB Gas im Verhältnis zum KSchG . . . . .	42
e) Zum Problem des § 7 EnWG . . . . .	43
f) Eigene Stellungnahme . . . . .	43
3. Zusammenfassende Würdigung . . . . .	45

<b>IV. Die AVB der Elektrizitätswirtschaft im Lichte des KSchG . . . . .</b>	<b>46</b>
1. AVB Elt und Verbrauchergeschäft . . . . .	46
2. Rechtspolitische Aspekte der Einbeziehung der Elektrizitätsversorgung in den Geltungsbereich des KSchG . . . . .	47
a) Der Standpunkt des KSchG . . . . .	47
b) Der Standpunkt des deutschen Rechts . . . . .	48
c) Überzogener Konsumentenschutz bei aufsichtsbehördlicher Kontrolle? . . . . .	49
d) Freizeichnung und Preisgestaltung . . . . .	50
e) Mögliche Zweigleisigkeit von aufsichtsbehördlicher und gerichtlicher Kontrolle . . . . .	51
3. Kritische Analyse einzelner Bestimmungen der AVB . . . . .	53
a) Entschädigungslose Inanspruchnahme von Abnehmergrundstücken (Abschn III Z 3 AVB Elt) . . . . .	53
aa) Versuche einschränkender Interpretation . . . . .	54
bb) Konfrontation mit § 864 a ABGB . . . . .	56
cc) Konfrontation mit § 879 Abs 3 ABGB . . . . .	58
dd) Der dispositiven Ordnungsrahmen der §§ 354, 364 und 365 ABGB . . . . .	60
ee) Eigentumsbeschränkung oder enteignungsgleicher Eingriff? . . . . .	61
ff) Wesentliche Beeinträchtigungen als entschädigungspflichtige Sonderopfer . . . . .	63
gg) Fazit: „Gröbliche Benachteiligung“ bei reinem Fremdinteresse . . . . .	65
b) Die Haftungsfreizeichnung des Abschn II Z 5 AVB Elt . . . . .	67
aa) Einschränkung auf die typische Betriebsgefahr . . . . .	67
bb) Fälle aus der Judikatur des BGH . . . . .	70
cc) Die Auffassung des OGH . . . . .	71
dd) Unvereinbarkeit des Haftungsausschlusses mit § 6 Abs 1 Z 9 KSchG . . . . .	74
ee) Die Freizeichnungsklausel in den Sonderabnehmerbedingungen . . . . .	76
aaa) Das Verhältnis von § 6 KSchG und § 879 Abs 3 ABGB . . . . .	77
bbb) Das Problem des Haftungsausschlusses bei grober Fahrlässigkeit . . . . .	78
ccc) Die Interessenlage des Sonderabnehmers im Verhältnis zum kontrahierungsverpflichteten EVU .	80
ddd) Schlußfolgerung . . . . .	82
c) Haftungsausschluß bei Prüfung von Kundenanlagen (Abschn V Z 8 AVB Elt) . . . . .	82
aa) Haftungsausschluß und Prüfungspflicht . . . . .	83
bb) Das Problem der erkennbaren Mängel . . . . .	84
d) Beweislast bei Beschädigung von Meßeinrichtungen (Abschn VI Z 6 AVB Elt) . . . . .	85
e) Die Gerichtsstandvereinbarung des Abschn X . . . . .	86
f) Das Aufrechnungsverbot (Abschn VIII Z 4 AVB Elt) . . . . .	86
<b>V. Schlußbetrachtung . . . . .</b>	<b>87</b>

**Verbraucherschutz gegenüber Verkehrsbetrieben** Seite  
 von Univ.-Prof. Dr. *Theo Öhlinger*, Wien

I.	Einleitung . . . . .	95
1.	Notwendigkeit eines Verbraucherschutzes gegenüber der öffentlichen Hand . . . . .	95
2.	Rechtlicher Schutz des Konsumenten von Leistungen der öffentlichen Hand . . . . .	96
II.	Der Betrieb von Eisenbahnen als öffentliche Aufgabe und seine Rechtsstruktur . . . . .	98
1.	Historische Entwicklung . . . . .	98
2.	Rechtsstruktur . . . . .	99
III.	Verbraucherschutz im öffentlich-rechtlichen Eisenbahnrecht . . . . .	101
1.	Der Eisenbahnbetrieb als öffentliche Aufgabe . . . . .	101
2.	Betriebspflicht . . . . .	102
3.	Tarifpflicht . . . . .	102
4.	Beförderungspflicht . . . . .	104
5.	Konkurrenzschutz . . . . .	104
6.	Sicherheit . . . . .	105
IV.	Verbraucherschutz im zivilrechtlichen Eisenbahnrecht . . . . .	105
1.	Die Rechtsnatur der Beziehung zwischen Eisenbahn und Benutzer . . . . .	105
2.	Sachlicher Geltungsbereich . . . . .	108
3.	Beförderungspflicht . . . . .	108
4.	Tarifpflicht . . . . .	109
5.	Sonstige Informationspflichten . . . . .	110
6.	Fahrkarte . . . . .	110
7.	Zugsverspätungen . . . . .	113
8.	Gepäck . . . . .	113
9.	Beschwerderecht . . . . .	114
V.	Bewertung . . . . .	114

**Konsumentenschutz und Sozialrecht**  
 von Univ.-Prof. Dr. *Heinz Krejci*, Graz

I.	Problemstellung . . . . .	119
II.	Anliegen des Konsumentenschutzes . . . . .	119
1.	Kein eigenes Rechtsgebiet des Konsumentenschutzes . . . . .	120
2.	Zum Instrumentarium des Konsumentenschutzes . . . . .	121
a)	Der Schutz vor Überrumpelung . . . . .	121
b)	Der Schutz gegen „Kleingedrucktes“ . . . . .	122
c)	Der Schutz vor „gröblicher Benachteiligung“ . . . . .	122
d)	Die Verbandsklage . . . . .	123

III.	Anliegen des Sozialrechtes . . . . .	123
1.	Sozialrecht: Definitionsversuche . . . . .	123
2.	Aufgaben des Sozialrechtes . . . . .	124
3.	Die sozialrechtlichen Sicherungsfälle . . . . .	125
4.	Abgrenzung des Sozialrechts gegenüber anderen Formen „gemeinschaftlicher“ Risikotragung . . . . .	126
5.	Prinzipien des Sozialrechts . . . . .	127
6.	Die öffentlichrechtliche Grundlage des Sozialrechts . . . . .	128
IV.	Sozialrecht und „Ungleichgewichtslage“ . . . . .	129
V.	Sozialrecht und „Überrumpelung“ . . . . .	130
1.	Schutzzweck des Sozialrechts und Gesetzeszwang . . . . .	131
2.	Nischen privatautonomer Gestaltung im Sozialrecht . . . . .	132
3.	Kein Raum für Rücktrittsrechte bei Haustürgeschäften . . . . .	132
VI.	Sozialrecht und „Kleingedrucktes“ . . . . .	134
1.	Das Legalitätsprinzip als Konsumentenschutzbestimmung . . . . .	134
2.	Der sozialrechtliche „Wildwuchs“ als Reformproblem . . . . .	134
a)	Fehlende Rechtsberatung . . . . .	135
b)	Fehlende Informations- und Aufklärungspflichten . . . . .	136
c)	Die Ansicht der Gerichte und der Lehre . . . . .	136
d)	Die Lage im deutschen Sozialrecht . . . . .	139
3.	Auftrag zur Reform: Ein allgemeinverständliches Sozialrecht . . . . .	140
VII.	Sozialrecht und „benachteiligende“ Regelungen . . . . .	141
1.	Das gewollte Prinzip des „sozialen Ausgleichs“ . . . . .	141
2.	Verfassungsrechtlicher Schutz des „sozialen Besitzstandes“? . . . . .	142
3.	Die „Gnade-vor-Recht“-Mentalität des österreichischen Sozialrechts . . . . .	142
VIII.	Sozialrecht und Rechtsschutz . . . . .	144
1.	Die Notwendigkeit einer umfassenden gerichtlichen Kontrolle . . . . .	144
a)	Verbesserung durch die Sozialgerichtsbarkeit? . . . . .	144
b)	Schiedsgerichte: Kein „leichter Zugang zum Recht“ . . . . .	145
c)	Die notwendige Erweiterung der Sozialgerichtsbarkeit . . . . .	147
2.	Die Probe aufs Exempel: Ungeklärte Vollstreckung gegen den Rechtsträger . . . . .	147
3.	Plädoyer für eine umfassende Verwaltungsgerichtsbarkeit im Sozialbereich . . . . .	151
IX.	Ergebnisse . . . . .	152

III.	Anliegen des Sozialrechtes . . . . .	123
1.	Sozialrecht: Definitionsversuche . . . . .	123
2.	Aufgaben des Sozialrechtes . . . . .	124
3.	Die sozialrechtlichen Sicherungsfälle . . . . .	125
4.	Abgrenzung des Sozialrechts gegenüber anderen Formen „gemeinschaftlicher“ Risikotragung . . . . .	126
5.	Prinzipien des Sozialrechts . . . . .	127
6.	Die öffentlichrechtliche Grundlage des Sozialrechts . . . . .	128
IV.	Sozialrecht und „Ungleichgewichtslage“ . . . . .	129
V.	Sozialrecht und „Überrumpelung“ . . . . .	130
1.	Schutzzweck des Sozialrechts und Gesetzeszwang . . . . .	131
2.	Nischen privatautonomer Gestaltung im Sozialrecht . . . . .	132
3.	Kein Raum für Rücktrittsrechte bei Haustürgeschäften . . . . .	132
VI.	Sozialrecht und „Kleingedrucktes“ . . . . .	134
1.	Das Legalitätsprinzip als Konsumentenschutzbestimmung . . . . .	134
2.	Der sozialrechtliche „Wildwuchs“ als Reformproblem . . . . .	134
a)	Fehlende Rechtsberatung . . . . .	135
b)	Fehlende Informations- und Aufklärungspflichten . . . . .	136
c)	Die Ansicht der Gerichte und der Lehre . . . . .	136
d)	Die Lage im deutschen Sozialrecht . . . . .	139
3.	Auftrag zur Reform: Ein allgemeinverständliches Sozialrecht . . . . .	140
VII.	Sozialrecht und „benachteiligende“ Regelungen . . . . .	141
1.	Das gewollte Prinzip des „sozialen Ausgleichs“ . . . . .	141
2.	Verfassungsrechtlicher Schutz des „sozialen Besitzstandes“? . . . . .	142
3.	Die „Gnade-vor-Recht“-Mentalität des österreichischen Sozialrechts . . . . .	142
VIII.	Sozialrecht und Rechtsschutz . . . . .	144
1.	Die Notwendigkeit einer umfassenden gerichtlichen Kontrolle . . . . .	144
a)	Verbesserung durch die Sozialgerichtsbarkeit? . . . . .	144
b)	Schiedsgerichte: Kein „leichter Zugang zum Recht“ . . . . .	145
c)	Die notwendige Erweiterung der Sozialgerichtsbarkeit . . . . .	147
2.	Die Probe aufs Exempel: Ungeklärte Vollstreckung gegen den Rechtsträger . . . . .	147
3.	Plädoyer für eine umfassende Verwaltungsgerichtsbarkeit im Sozialbereich . . . . .	151
IX.	Ergebnisse . . . . .	152

**Konsumentenschutz im Bereich der Subventionsverwaltung** Seite  
 von Univ.-Prof. Dr. Richard Novak, Graz

I.	Gegenstand und Abgrenzungen . . . . .	157
1.	Die gesellschaftspolitische Dimension . . . . .	157
2.	„Konsumentenschutz“ und „Subvention“ . . . . .	158
3.	„Privatwirtschaftsverwaltung“ im Zwielicht . . . . .	160
a)	Das Mißverhältnis zwischen dem expandierenden Sozialstaat und der normativen Ordnung . . . . .	160
b)	Die Privatwirtschaftsverwaltung als „Grenzgänger“ . . . . .	161
II.	Die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen . . . . .	162
1.	Die Abgrenzung zwischen Hoheits- und Privatwirtschaftsverwaltung . . . . .	163
a)	Die Grundsatzentscheidung des VfGH . . . . .	163
b)	Die Auffassung des deutschen Rechts . . . . .	164
2.	Privatwirtschaftsverwaltung und Kompetenzverteilung . . . . .	166
a)	Der „transkompetente“ Charakter der Privatwirtschaftsverwaltung . . . . .	166
b)	Die Folgen der „Transkompetenz“ . . . . .	167
c)	Art 17 B-VG und gesetzliche „Selbstbindung“ . . . . .	168
3.	Privatwirtschaftsverwaltung und Legalitätsprinzip . . . . .	169
a)	Divergenz zwischen VfGH und VwGH . . . . .	169
b)	Trends zur Verrechtlichung der Subventionsverwaltung . . . . .	170
4.	Das Rechtsschutzproblem	
a)	Konzentration des Rechtsschutzes auf den hoheitlichen Verwaltungsakt . . . . .	171
b)	Kein Rechtsschutz bei „Realakten“ der Privatwirtschaftsverwaltung . . . . .	172
c)	Kein Rechtsschutz bei informeller Ablehnung der Subvention . . . . .	174
d)	Kein Rechtsschutz bei Untätigkeit . . . . .	174
5.	Das Problem aus deutscher Sicht . . . . .	175
a)	Abschied vom „Eingriffsvorbehalt“? . . . . .	175
b)	Die „Zweistufen-Theorie“ Ipsens . . . . .	177
c)	Umfassende Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	178
III.	Die einfachgesetzliche Lage . . . . .	179
1.	Die Tendenz zum Subventions-Gesetz . . . . .	179
2.	Die gesetzlichen Förderungstypen . . . . .	182
a)	Der Typus „Studienförderung“ . . . . .	182
b)	Die rein zivilrechtliche Subvention . . . . .	183
c)	Mischformen . . . . .	184
3.	„Selbstbindung“ und Bundesverfassung . . . . .	185
IV.	Wege zur Reform . . . . .	188
1.	Verfassungsreform? . . . . .	188
2.	Der öffentlichrechtliche Ansatz . . . . .	190
3.	Der zivilrechtliche Ansatz . . . . .	192
V.	Zusammenfassung in Leitsätzen . . . . .	195

	Seite
<b>Konsumentenschutz und Abgabenrecht</b>	
von Univ.-Prof. DDr. Hans Georg Ruppe, Graz	
I. Problemstellung . . . . .	197
1. Rekurs auf den Grundgedanken des Konsumentenschutzes . . . . .	198
2. Analogien zwischen Verbrauchergeschäft und Abgabenerhebung . . . . .	198
3. Ziel der Untersuchung . . . . .	199
II. Ungleichgewichtslagen bei der Entstehung von Steuerschuldverhältnissen . . . . .	200
1. Unübersichtlichkeit, Kompliziertheit und Beliebigkeit des Rechtsstoffes . . . . .	201
2. Unsicherer Bedeutungsgehalt der Normen . . . . .	202
3. Erlässe . . . . .	205
4. Auskünfte . . . . .	205
a) Gesetzlich vorgesehene Auskünfte . . . . .	206
b) Gesetzlich nicht vorgesehene Auskünfte . . . . .	208
5. Persönliche Reichweite der Steuerschuld . . . . .	208
III. Probleme des Rechtsschutzes . . . . .	209
1. Rechtsmittelverzicht . . . . .	210
2. Verböserungsmöglichkeit . . . . .	212
a) Der Gegensatz zur Regelung im Strafverfahren . . . . .	212
b) Das Verböserungsverbot bei Wiederaufnahme (§ 307 BAO) . . . . .	213
3. Die Wirkung der Berufung . . . . .	215
IV. Bestandskraft von Abgabenbescheiden . . . . .	217
V. Ergebnis . . . . .	220
<b>Zusammenfassung der Ergebnisse der vorliegenden Studien und Vorschläge an den Gesetzgeber</b>	
von Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher, Graz	
I. Übersicht über die dargestellten Mängel im Rechtsschutz der Bürger und Reformvorschläge der einzelnen Autoren . . . . .	223
II. Zusammenfassende Vorschläge an den Gesetzgeber zur Verbesserung des Rechtsschutzes des einzelnen Bürgers im öffentlichen Bereich . . . . .	231
<b>Anhang: Ergebnisse der empirischen Untersuchung zum „Konsumentenschutz im öffentlichen Bereich“</b>	235